

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
11. HuFA 2004-2009
Sitzungsdatum:
21.03.2006**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 21.03.2006

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 23.08.2005
3. 29. Änderung des Flächennutzungsplanes Breiller Gracht
hier: Abschluss der Offenlage und Feststellungsbeschluss
4. Bebauungsplan Nr. 41 - Thornstraße (2) - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss
5. Bebauungsplan Nr. 59 - Grenzweg II - 1. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 73 - Carolus-Magnus-Straße - 8. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der Öffentlichen Auslegung
7. Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
8. Bebauungsplan Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - 1. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht - Nord
hier: Vorstellung der Straßenausbauplanung
10. Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht - Nord
hier: Satzungsbeschluss
11. Kindertheater im Pädagogischen Zentrum im Dez. 2006

12. Festlegung des Termins für den 26. Bürgerempfang und das Neujahrskonzert in 2007
 13. Haus- und Badeordnung des Städt. Schwimmbades
 14. Gebührensatzung des Städt. Schwimmbades
 15. Wettbewerb zur Namensgebung des Städt. Schwimmbades
 16. Einzäunung des Schulgeländes der Gem.-Grundschule Frelenberg und des anliegenden Bolzplatzes
 17. Erlass einer Satzung über die Errichtung und Benutzung einer nicht rechtsfähigen Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen und über die Erhebung von Gebühren für deren Benutzung
 18. Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes vom 27.12.2004
hier: Umwandlung einer Regelgruppe aus dem Versorgungsangebot der im Stadtgebiet Übach-Palenberg betriebenen Einrichtungen in eine kleine altersgemischte Gruppe
 19. Bekanntgabe und Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2005 nach § 82 (1) GO NW
 20. Bekanntgabe des Ergebnisses der Jahresrechnung 2005 nach § 92 (2) GO NW
 21. Wochenmarkt im Ortsteil Palenberg
hier: Antrag der Aktionsgemeinschaft Palenberg e.V. vom 02.03.2006
 22. Erweiterungen zur Tagesordnung
 23. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
24. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 23.08.2005
 25. Ernennung eines Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg (Wehrführer) und seines Stellvertreters (Stellv. Wehrleiter) unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter
 26. Personalangelegenheit
 - 26.1. Einrichtung von zwei Ausbildungsstellen im Jahre 2007
 27. Grundstücksangelegenheiten
 - 27.1. Erwerb des Grundstücks Flur 5, Nr. 85
 - 27.2. Erwerb der Grundstücke Flur 51, Nr. 385 und Flur 51, Nr. 386 tw.

- 27.3. Erwerb der Grundstücke Flur 66, Nr. 50, 51 und 52
- 28. Vergabeangelegenheiten
- 28.1. Fortschreibung der Kanaldatenbank und Wertermittlung der Stadtentwässerung (Kanäle und Sonderbauwerke bis Ende 2005)
- 28.2. Dekorboden Ruheraum Hallenbad Übach-Palenberg
- 29. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 30. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	(als persönliche Vertreterin für Weinen, Günter)
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	(als Vertreter für Gerschel, Paul Josef)
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtoberamtsrat Ralf Kouchen
Herr Rechtspraktikant Sebastian Gerhards

Schriftführer

Herr Stadtamtmann Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten sowie den Vertreter der Presse.

Er erklärte, dass den Stadtverordneten zu Tagesordnungspunkt 16. Einzäunung des Schulgeländes der Gemeinschaftsgrundschule Frelenberg und des anliegenden Bolzplatzes noch ein ergänzender Schriftverkehr zugestellt worden sei.

Weiterhin verwies er darauf, dass bereits in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses der Punkt 4 zum Bebauungsplan Nr. 41 zur weiteren Beratung vertagt worden sei. Dies werde auch dem Haupt- und Finanzausschuss sowie Rat empfohlen.

Beschluss:

Folgender Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt:

- 4. Bebauungsplan Nr. 41 – Thornstraße (2) – 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 31. Januar 2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 23.08.2005**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Übach-Palenberg vom 23.08.2005 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **29. Änderung des Flächennutzungsplanes Breiller Gracht
hier: Abschluss der Offenlage und Feststellungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 29. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Breiller Gracht" wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

4 **Bebauungsplan Nr. 41 - Thornstraße (2) - 3. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss**

Dieser Punkt wurde vor Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

5 **Bebauungsplan Nr. 59 - Grenzweg II - 1. Änderung**

hier: Aufstellungsbeschluss

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die Änderung der baulichen Nutzung im Mischgebiet sensibel zu handhaben sei. Deshalb solle auch festgelegt werden, welche Gewerbearten sich dort ansiedeln dürfen. Insbesondere der Schutz des Einkaufszentrums Palenberg müsse beachtet werden.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Offermanns** erläuterte Beigeordneter **Schlüter**, dass die Art der baulichen Nutzung in Form eines Mischgebietes sich insofern vom allgemeinen Wohngebiet unterscheidet, als dass dort Wohnen und Gewerbe nebeneinander möglich sei. Insbesondere bei den Grenzwerten für Immissionen bestünden hierbei Unterschiede.

Stadtverordneter **Offermanns** sprach sich ebenfalls dafür aus, dass eine Einschränkung in Bezug auf die Ansiedlung bestimmter Betriebe ausgesprochen werden sollte. Insbesondere könne er sich vorstellen, dass Interesse zur Errichtung einer Tankstelle in diesem Bereich bestehe.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erläuterte Beigeordneter **Schlüter**, dass der Ausschluss bestimmter Gewerbearten innerhalb der textlichen Festsetzung des Bebauungsplanes möglich sei.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten **Weinhold** erklärte Beigeordneter **Schlüter**, dass für die bestehenden Geschäfte Bestandsschutz vorliege, sollte der Bebauungsplan nicht geändert werden und weiterhin als allgemeines Wohngebiet deklariert bleiben.

Da jedoch effektiv ein Mischgebiet in diesem Bereich vorhanden sei, würden die Bedenken nicht ausgeräumt werden, die sich aus der jetzigen Situation ergeben.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schlug vor, dass dieser Tagesordnungspunkt noch einmal zurückgestellt werde und nach Vorberatung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss Anfang Mai in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Mai auf die Tagesordnung kommen solle.

Es sei sinnvoll, sich mit der textlichen Festsetzung intensiv zu befassen und auch sämtliche Eventualitäten durchzuprüfen. Beigeordneter Schlüter habe ihm signalisiert, dass kein zeitlicher Druck in dieser Angelegenheit bestehe und sich durchaus Zeit für diese Prüfung genommen werden könne.

Beschlussempfehlung:

Dieser Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und nach Vorberatung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss in den nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Mai 2006 beraten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 **Bebauungsplan Nr. 73 - Carolus-Magnus-Straße - 8. Änderung**

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der Öffentlichen Auslegung

Beschlussempfehlung:

1. **Es wird festgestellt, dass seitens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.**
2. **Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).**
3. **Der Planentwurf zur 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 – Carolus-Magnus-Straße - wird beschlossen.**
4. **Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 73 – Carolus-Magnus-Straße - wird angeordnet.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

7 **Bebauungsplan Nr. 79 - Bergarbeitersiedlung Palenberg - 5. Änderung**

hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er in diesem Bebauungsplan Wohneigentum besitze und sich deshalb für befangen erkläre. Er bat die stellvertretende Vorsitzende Frau Piez für diesen Punkt die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll nahm während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt im Zuschauerraum Platz.

Stadtverordnete **Piez** übernahm daraufhin die Sitzungsleitung.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erklärte Stadtoberamtsrat **Kouchen**, dass über § 3 Abs. 1 BauGB die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nicht unbedingt mit einer Einwohnerversammlung, sondern auch mit Auslage bzw. Aushang der entsprechenden Planunterlagen nach Veröffentlichung im Amtsblatt innerhalb eines Monats möglich sei.

Beschlussempfehlung:

1. **Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 79 – Bergarbeitersiedlung Palenberg - wird angeordnet.**

Umfang der Änderungen:

1. Folgende textliche Festsetzungen werden komplett gestrichen:
 - 1) Werbeanlagen (nur in Wohngebieten) sind bis zu einer Größe von 60X60 cm an der Stätte der Leistung zulässig.
 - 2) Warenautomaten sind nur an den Hauswänden zulässig.
 - 3) Einfriedungen der Vorgartenbereiche sind unzulässig.
 - 4) Vorgärten sind gärtnerisch anzulegen. Steinschüttungen (Findlinge) sind nicht zulässig.
 - 5) Bepflanzungen der seitlichen und rückwärtigen Grenze hat mit einheimischen Laubgehölzen zu erfolgen.
 - 6) Einzelgauben werden bis zu einer Breite von 1,50 m zugelassen.
2. Die textliche Festsetzung, dass befestigte Flächen im Vorgartenbereich nur in der Größe der notwendigen Einstellplätze zulässig sind, wird durch folgende Formulierung präzisiert:
"Der Anteil der Stellplatzfläche zu Vorgartenfläche darf 50 % nicht überschreiten."
3. Der Begriff "Vorgarten" wird durch folgende Definition in den textlichen Festsetzungen präzisiert:
"Im Plangebiet wird festgelegt, dass die Flächen der Baugrundstücke zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der überbaubaren Grundstücksfläche, die durch Baugrenzen oder Baulinien bestimmt wird, Vorgartenbereiche sind."
4. Zur Schaffung neuer Baumöglichkeiten, im Sinne einer Nachverdichtung, werden auf diversen Flurstücken die Baugrenzen angepasst bzw. neue Baufenster ausgewiesen.

Betroffene Flurstücke:

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 10, Flurstücke 271, 272, 326, 918 Flur 47, Flurstücke 149, 150, 156, 681, 790, 796 für die Erweiterung der Baugrenzen bzw. Ausweisung von zusätzlichen Bauflächen und alle übrigen Flurstücke im Bereich des Bebauungsplanes für die textlichen Festsetzungen

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Nach Abschluss der Beschlussfassung übergab Stadtverordnete **Piez** die Sitzungs-

leitung wieder an Bürgermeister Schmitz-Kröll.

**8 Bebauungsplan Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - 1. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss**

Die Stadtverordneten **Overländer** und **Tanzer** erklärten sich für befangen und nahmen während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt im Zuschauerraum Platz.

Beschlussempfehlung:

1. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - wird angeordnet.

Umfang der Änderungen:

- Anpassung von Baugrenzen zur Erweiterung bzw. Neuausweisung von Bauflächen auf diversen Grundstücken
 - Die textliche Festsetzung, dass in Vorgartenbereichen ausschließlich Hecken von 1 m als Einfriedungsart zulässig sind, soll entfallen.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
 3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

Nach der Beschlussfassung nahmen die Stadtverordneten **Overländer** und **Tanzer** wieder ihre Plätze ein.

**9 Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht - Nord
hier: Vorstellung der Straßenausbauplanung**

Beschlussempfehlung:

Die Ausbauplanung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht - Nord

hier: Satzungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene(n) Stellungnahmen wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachte(n) Stellungnahmen wird entsprechend der Anlage 2.1 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Über die Planänderung nach vorangegangener Diskussion mit dem Erschließungsträger aufgrund von Wünschen erster Bauinteressenten im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 96 – Breiller Gracht Nord – wird entsprechend der Anlage 3.1 entschieden.
4. In Anbetracht der Geringfügigkeit der Änderung im Planentwurf wird auf eine erneute öffentliche Auslegung verzichtet.
5. Der Bebauungsplan Nr. 96 – Breiller Gracht-Nord - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

11 Kindertheater im Pädagogischen Zentrum im Dez. 2006

Beschlussempfehlung:

Der Verpflichtung des Kindertheaters „Kleiner Eisbär wohin fährst du?“ für eine Weihnachtsvorstellung am Dienstag, 19. Dezember 2006 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Festlegung des Termins für den 26. Bürgerempfang und das Neujahrskonzert in 2007

Beschlussempfehlung:

1. Der 26. Bürgerempfang findet am 13. Januar 2007, im Pädagogischen Zentrum, Comeniusstraße, in der Zeit von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr, statt.

2. Der Verpflichtung der Jungen Philharmonie Köln im Rahmen einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Anton-Heinen-Volkshochschule und der Gemeinde Landgraaf für das Neujahrskonzert am Samstag, 13. Januar 2007 wird zugestimmt.

Im Vorgriff auf den Haushalt 2007 wird beschlossen, die entsprechenden Finanzierungsmittel für diese Veranstaltung bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

13 Haus- und Badeordnung des Städt. Schwimmbades

Beschlussempfehlung:

Der vorliegende Entwurf einer neuen Haus- und Badeordnung für das Städtische Schwimmbad wird beschlossen (der Entwurf ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Gebührensatzung des Städt. Schwimmbades

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass in der Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses das Thema behandelt worden sei. Dieser habe sich darauf verständigt, dass nach einem Jahr die Erfahrungen mit der neuen Preisgestaltung dem Ausschuss vorgestellt würden.

Stadtverordneter **Gudduschat** erläuterte, dass die Erhöhung der Eintrittskosten für die Sauna zu entsprechenden Diskussionen geführt habe. Insbesondere werde von verschiedenen Besuchern moniert, dass im Saunabereich keine Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt worden seien.

Zwar wurde von der Verwaltung darauf verwiesen, dass sich die Erhöhung dadurch rechtfertige, dass zukünftig für Saunagäste auch die Benutzung des Schwimmbades möglich sei, jedoch müsse dieser Umstand mehr publiziert werden.

Auch Stadtverordneter **Meertens** empfahl die zusätzlichen Möglichkeiten für die Saunagäste deutlicher herauszustellen.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass bei der Veröffentlichung der Satzung noch mal verstärkt darauf hingewiesen werde.

Er ergänzte, dass jedoch gerade die Saunabesucher zu einer festen Gruppe von Personen zählen, in der sich sicherlich schnell diese Änderung herumsprechen werde. Er mache sich deshalb keine Sorgen, dass dieser Mehrwert für die Saunabenut-

zer nicht bekannt werden würde.

Beschlussempfehlung:

Der vorliegende Entwurf einer neuen Gebührensatzung für das Städtische Schwimmbad wird beschlossen (der Entwurf ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15 Wettbewerb zur Namensgebung des Städt. Schwimmbades

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass viele interessante Vorschläge eingereicht worden seien. Er schlage vor, dass nur der Rat die Beratung und Beschlussfassung vornehmen solle, so dass man am heutigen Tage nicht ins Detail einzusteigen brauche. Sofern alle anderen Fraktionen und Parteienvertreter einverstanden seien, spreche er sich für eine offene Abstimmung aus, die unabhängig von Fraktionszwängen vorgenommen würde. Hierbei solle jeder seine persönliche Meinung vertreten dürfen.

Stadtverordneter **Gudduschat** machte den Vorschlag, dass die Verwaltung aus der Vielzahl der Vorschläge einige sinnvolle auswählen und dem Rat zur abschließenden Beschlussfassung vorschlagen solle. Dann könne sicherlich auch so verfahren werden, wie es von Stadtverordneten Weißborn vorgeschlagen worden sei. Er erachte es als sinnvoll, eine Eingrenzung vornehmen zu lassen, da die Vorschläge so vielfältig seien und schon in der Fraktionssitzung festgestellt wurde, dass ein Überblick schwerlich möglich sei.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sich die UWG-Fraktion schon einstimmig für den Vorschlag „Ü-Bad“ ausgesprochen habe. Man sehe in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit ein ansprechendes Logo zu entwerfen. Sie erklärte, dass hierbei ein großes Ü mit dem Schriftzug Bad innerhalb des Buchstaben U gesetzt werden könne. Unterhalb des Wortes Bad würden zwei Wellenlinien auf das Schwimmbad verweisen. Das Gesamtlogo erhalte damit den Eindruck eines Gesichts. Das neue Logo des Reiseveranstalters TUI sei hier vergleichbar, der ebenfalls aus seinen Firmenbuchstaben ein lachendes Gesicht habe erstellen lassen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er es für nicht sinnvoll halte, wenn die Verwaltung entsprechende Namensvorschläge aussortiere. Diese Aufgabe stehe ganz bewusst dem Stadtrat und den politischen Vertretern zu.

Stadtverordneter **Weißborn** sprach sich dagegen aus, dass schon im Vorfeld von Seiten der Verwaltung bestimmte Vorschläge aussortiert werden. Er schlug vor, dass alle Fraktionen eine Liste ihrer Vorschläge an die Verwaltung geben sollten, die dann zusammengefasst in der nächsten Ratssitzung vorgelegt werde.

Er fügte hinzu, dass in der SPD-Fraktion der Name „Ü-Bad“ ebenfalls auf große Zustimmung gestoßen sei.

Beschluss:

Die Fraktionen werden eine Auswahl der von ihnen favorisierten Vorschläge an die Verwaltung weiterreichen, die diese für die nächste Sitzung des Rates als Tischvorlage zusammenstellen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16 Einzäunung des Schulgeländes der Gem.-Grundschule Frelenberg und des anliegenden Bolzplatzes

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er durchaus Verständnis für die Probleme der Anwohner habe.

Er habe allerdings kein Verständnis für den offensichtlichen Tenor der Schreiben: „Wie werden wir die Jugendlichen wieder los?“

Insbesondere den Vorschlag große Teile des Areals mit Stacheldraht zu umzäunen halte er für falsch und nicht sachgerecht. Ebenso empfinde er es als sehr bedenklich, wenn Jugendliche pauschal des Vandalismus und des Einbruchdiebstahls verdächtigt würden. Auch dieser Ansatz sei nicht richtig.

Es gebe sicherlich Maßnahmen, die den Bedürfnissen der Anwohner Rechnung tragen, wie beispielsweise die Entfernung verschiedener Bepflanzungen, um die Einsicht in den Hofbereich zu ermöglichen.

Es sei sinnvoll die Angelegenheit erst mit den Haushaltsberatungen im Mai zu behandeln und bis dahin zurückzustellen.

Stadtverordnete **Weinhold** kritisierte, dass in der letzten Schul-, Sport- und Kulturausschusssitzung zwar von der Verwaltung sämtliche Anwohner eingeladen wurden, aber in der Sitzung dieser Punkt nicht behandelt, sondern vertagt wurde. Sie hätte sich gewünscht, dass diese Argumente schon in der Ausschusssitzung vorgebracht würden, damit auch die betroffenen Anwohner sich hiermit hätten auseinandersetzen können.

Stadtverordneter **Gudduschat** kritisierte, dass der Bürgermeister in einem Schreiben schon die Verwaltungsmeinung zu diesem Thema kundgetan habe. Er stelle sich deshalb auch die Frage, ob entsprechende Haushaltsmittel schon im Haushaltsentwurf eingeplant seien, ohne dass eine Beteiligung des entsprechenden Ausschusses und des Rates erfolgt sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll entgegnete, dass dies sein gutes Recht sei. Genauso wie die Stadtverordneten stehe auch ihm die Möglichkeit zu, zu einer bestimmten Angelegenheit eine Meinung zu vertreten. Insbesondere die Tatsache, dass in anderen Schulen ebenfalls durch Einzäunungen eine Beruhigung der entsprechenden Situation erreicht werden konnte, sei als offensichtliche Tatsache zu werten. Da er als Bürgermeister für die Vorbereitung und Durchführung der Ratsbeschlüsse zuständig sei, gehöre auch die Vertretung der entsprechenden Verwaltungsmeinung dazu. Dies bedinge selbstverständlich keine Entscheidung in der Sache, die zweifelsohne den politischen Gremien vorbehalten sei.

Stadtverordneter **Weißborn** betonte, dass die Stadtverordnete Weinhold offensichtlich nicht an der letzten Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses teilgenommen habe. Insoweit sei auch die Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Sachlage und den von ihr vorgebrachten Vorwürfen zu verstehen. Insbesondere die Tatsache, dass einige Bürger aus dem Zuschauerraum in die Diskussion hätten eingreifen wollen, sei wie auch dies in anderen Sitzungen der Fall sei, nicht gestattet worden. Dass einige hiervon enttäuscht gewesen seien und deshalb die Ausschusssitzung verlassen hätten, sei insofern hinzugefügt.

Zu den Ausführungen die er in der heutigen Sitzung vorgebracht habe, sei daran erinnert, dass der Schriftverkehr erst am 17.03.06 den Stadtverordneten nachträglich zu den Sitzungsvorlagen übersendet worden sei. In der am 02.03.06 stattgefundenen Ausschusssitzung hätten diese noch nicht vorgelegen. Er hätte somit auch schlechthin hierauf reagieren können.

Stadtverordneter **Krawanja** erkundigte sich nach der Meinung der Schulleiterin zu dem Vorschlag, das Schulgelände zu umzäunen. Weiterhin interessiere er sich dafür, ob es nicht bessere Möglichkeiten gebe, das Areal zu beobachten und zu schützen. Insbesondere, ob nicht auch von Seiten der Polizei Möglichkeiten bestünden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Schulleiterin nicht sehr begeistert von dem Vorschlag gewesen sei, aber es letztendlich um die Abwägung verschiedener Interessen gehe. In Bezug auf die Möglichkeiten durch die Polizei einen verstärkten Schutz für dieses Areal zu gewährleisten, erklärte er, dass dies bei der personellen Besetzung sicherlich schwierig sei. Weitere Ausführungen zur personellen Besetzung der Polizei in Übach-Palenberg wolle er jedoch in öffentlicher Sitzung nicht geben.

Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und mit den Beratungen über den Haushalt 2006 erneut auf die Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 17 Erlass einer Satzung über die Errichtung und Benutzung einer nicht rechtsfähigen Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen und über die Erhebung von Gebühren für deren Benutzung**
-

Beschlussempfehlung:

Die beiliegende Fassung der Satzung über die Errichtung und Benutzung einer nicht rechtsfähigen Einrichtung zur Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen und über die Erhebung von Gebühren für deren Benutzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18 Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes vom 27.12.2004

hier: Umwandlung einer Regelgruppe aus dem Versorgungsangebot der im Stadtgebiet Übach-Palenberg betriebenen Einrichtungen in eine kleine altersgemischte Gruppe

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass die in der Beschlussvorlage noch offen gelassene Benennung eines Kindergartens nunmehr mit dem Johanniter-Kindergarten vorgenommen werden könne.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umwandlung einer Regelgruppe in eine kleine Altersgemischte Gruppe im Johanniter Kindergarten aktiv zu betreiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19 Bekanntgabe und Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2005 nach § 82 (1) GO NW

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, welche Grundlage herangezogen werde, dass der Überschuss der kalkulatorischen Rückstellungen über den Zeitraum von drei Jahren zurückgeführt werden könne.

Kämmerer **Schmitz** erklärte, dass dies sich aus § 6 des Kommunalabgabengesetzes NRW ergebe und auch ein Umkehrschluss aus der vor der Rechtssprechung anerkannten Regelung sei, dass auch Fehlbeträge gestreckt über einen Zeitraum von drei Jahren in den entsprechenden Haushalt zurückfließen können. Dies sei auch sinnvoll, um Sprünge in der Gebührenkalkulation, die sich aus etwaigen Fehlbeträgen oder Überschüssen ergeben, verhindern zu können.

Auf die Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat**, warum die Heizungskosten für die Friedhöfe den Ansatz über 100 % überstiegen hätten, erklärte Kämmerer **Schmitz**, dass dies durch ein frühzeitiges Befüllen der Tankvorräte noch im Jahr 2005 begründet sei.

Beschlussempfehlung:

Die im Jahre 2005 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben lt. Anlage werden genehmigt (die Anlage ist Bestandteil der Einladung und in der Urchriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

20 Bekanntgabe des Ergebnisses der Jahresrechnung 2005 nach § 92 (2) GO NW

Beschlussempfehlung:

Das Ergebnis der Jahresrechnung wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Jahresrechnung wird an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21 Wochenmarkt im Ortsteil Palenberg

hier: Antrag der Aktionsgemeinschaft Palenberg e.V. vom 02.03.2006

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass es zum Antrag der Aktionsgemeinschaft Bedenken seitens der Beschicker des jetzigen Marktes gegeben habe. Insbesondere der Standort an der Aachener Straße sei in Frage gestellt worden.

Nach Diskussionen im Stadtmarketing, in einer interfraktionellen Besprechung und Gesprächen mit dem Vorstand der Werbegemeinschaft und den bisherigen Marktbeschickern sei sich (und das liege jetzt auch schriftlich vor) auf den Standort „Frankenstraße“ geeinigt worden.

Zusätzlich zu den drei bisherigen Marktbeschickern würden nun sieben weitere hinzukommen. Ab dem 06. Mai werde der neue Standort eröffnet werden. Hierzu werde die Frankenstraße samstags gesperrt. Die Zugänglichkeit sei allerdings weiter über die Kapellenstraße gewährleistet. Sofern hiergegen keine Bedenken bestünden, werde er auch im weiteren Umfeld zusätzliche Kurzzeitparkplätze ausweisen (Parkplatz Hotel Ernst) um den Bedürfnissen der Marktbesucher auf kurze Wege Rechnung tragen zu können.

Im Amtsblatt des Monats Mai werde auch durch einen entsprechenden Artikel auf den neuen Markt hingewiesen.

Beschluss:

Dem Antrag der Aktionsgemeinschaft Palenberg vom 02.03.2006 wird insofern entsprochen, als dass der samstägliche Wochenmarkt in Palenberg vom Turnhallenvorplatz (Place de Rosny-sous-Bois) in den Bereich der Frankenstraße verlegt wird.

Hierfür wird samstags zu den Marktzeiten der Durchgangsverkehr gesperrt. In unmittelbarer Nähe des Standortes werden zusätzliche Kurzzeitparkplätze eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

22 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

23 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 18.15 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Piez
1. stv. Vorsitzende
Sitzungsleitung zu TOP 7

Schröder
Schriftführer